

- Genormte Familienfreundlichkeit? Seite 14
- Familienpolitik ist mehr als Sozialpolitik Seite 17
- LoveTalks - zeigen, wie's geht Seite 18
- Buchtipps & Termin Seite 19

So denkt Österreich über Geschlecht, Alter und Zuwanderung



Studie erhebt Einstellungen und Wünsche - Teil 2

Die österreichische Bevölkerung ist sich der Probleme bewusst, die mit Geschlechterverhältnis, Bevölkerungsentwicklung, insbesondere Alterung, sowie Zuwanderung verbunden sind. Einem Teil der Österreicherinnen und Österreicher bescheinigt die 2001 am Institut für Demographie in Wien durchgeführte Studie Aufgeschlossenheit gegenüber Änderungen auf politischer und gesellschaftlicher Ebene, der andere Teil "hängt" an traditionellen Einstellungen und gewohnten Strukturen und will hart "Erkämpftes" nicht leichtfertig aufgeben. Dies schlägt sich auch in den Forderungen an die Politik nieder. An der Erhebung nahmen rund 2000 ÖsterreicherInnen im Alter von 20 bis 65 Jahren teil.

Langsames Annähern der Geschlechter

Die befragten Männer und Frauen sind sich der Ungleichheit zwischen den Geschlechtern in der Gesellschaft bewusst. So nehmen drei Viertel der Befragten an, dass sich die Abwesenheit während der Karenzzeit für Frauen negativ auf ihre vorherige berufliche Position auswirkt. Auch sind sich beide Geschlechter einig (86 %), dass

Frauen bei gleicher beruflicher Qualifikation Nachteile beim Einkommen haben. Etwas mehr als die Hälfte der befragten Männer (56 %) glaubt, dass Frauen nicht die gleichen Karrierechancen besitzen wie Männer. Frauen zeigen sich mit 66 % weit skeptischer. Familienpolitische Maßnahmen werden von zwei Dritteln der ÖsterreicherInnen als unzureichend für die Einbindung von Müttern ins Erwerbsleben gehalten.

Aus der Erhebung wurde ersichtlich, dass Frauen Diskriminierungen stärker wahrnehmen als Männer und auch größeres Vertrauen in die Wirkung staatlicher Maßnahmen haben. Am meisten stimmten Frauen (95 %) und Männer (91 %) einer Förderung der gleichen Bezahlung für gleichwertige Arbeit für beide Geschlechter zu. Anklang fand bei den Befragten auch die Maßnahme, die Chancen der Frauen am Arbeitsmarkt zu verbessern. Eine "weiblichere" Politik ist Frauen wichtiger als Männern.

Im privaten Bereich wünschen sich Frauen (69 %) mehr Beteiligung der Väter an der Betreuung und Erziehung der Kinder. Männer stimmen

Fortsetzung

Studie

So denkt Österreich über Geschlecht, Alter und Zuwanderung

dem zu 58 % zu. Bei der Frage nach einer partnerschaftlichen Teilung der Haushaltspflichten zeigt sich, dass der Haushalt von 77 % der Frauen allein geführt wird. Auch die Kinderbetreuung übernehmen vorwiegend die Mütter. Am zufriedensten mit der partnerschaftlichen Aufteilung der Betreuungsarbeit sind Frauen Mitte Dreißig. Bei den älteren Frauen sinkt diese Zufriedenheit kontinuierlich. Männer erledigen vorwiegend Behördengänge für Kinder (18 %).

Die traditionelle Aufgabenverteilung zwischen den Geschlechtern - der Mann ist berufstätig, während die Frau sich um Haushalt und Kinder kümmert - steht bei den Männern mit 41 % höher im Kurs als bei Frauen mit 34-%-iger Zustimmung. Besonders junge Frauen aber auch Männer sprechen sich für einen neuen "Geschlechtervertrag" aus. Je älter die Befragten sind, desto mehr halten sie vom konservativen Partnerschaftsmodell. Etwa zu gleichen Teilen sind Frauen und Männer der Ansicht (72 % bzw. 69 %), dass das Familienleben zu kurz kommt, weil der Mann sich zu sehr auf seine Berufstätigkeit konzentriert. Dennoch wird von 66 % der Befragten erwartet, dass der Mann seine Karriere verfolgt.

Die Möglichkeit der Väterkarenz kommt bei den ÖsterreicherInnen, besonders bei den jüngeren, in der Regel gut an. 70 % begrüßen diese seit 1991 bestehende Regelung, genutzt wird sie allerdings nur sehr selten (1- bis 2-%-iger Männeranteil an der Karenz). Der ausschlaggebende Grund dafür ist die Einkommensschere zwischen Frauen und Männern. Letztere verdienen um rund 30 % mehr.

Politik für ein alterndes Österreich

Die Lebenserwartung beträgt in Österreich derzeit für Frauen 81 Jahre und für Männer 75 Jahre, Tendenz steigend. Rund 20 % der Befragten glauben allerdings, nur ein Alter von etwa 70 Jahren zu erreichen, also unter der tatsächlichen Lebenserwartung zu liegen.

Die Alterung der österreichischen Bevölkerung wirkt sich auf die Generationenbeziehungen und -verhältnisse aus und hebt damit die Bedeutung der Alterspolitik. Auf die verschiedenen Maßnahmen zur Pensionsreform reagieren die Befragten mehrheitlich ablehnend. Am ehesten stimmten sie einer Erhöhung des Pensionsbeitrages zu (42 %) sowie der Abschaffung der Frühpensionen (36 %). Eine Verringerung der Pensionshöhe (7 %) und die verpflichtende Unterstützung der Eltern durch die Kinder (6 %) finden am wenigsten Anklang. Das gegenwärtige Pensionssystem sollte demnach möglichst unverändert bleiben. Jedoch können sich gut die Hälfte der Österreicherinnen und Österreicher, vor allem die jüngeren, vorstellen, im Ruhestand auch einer Erwerbstätigkeit nachzugehen. Ein gutes Drittel stimmte für einen flexiblen Übergang in den Ruhestand.

Alte Menschen genießen in der Gesellschaft durchwegs ein hohes Ansehen. Sie werden kaum als Last empfunden, sondern stellen eine Bereicherung dar. Die Befragten sind davon überzeugt, von ihren älteren Mitmenschen profitieren zu können, was Wissen und Erfahrung sowie die Weitergabe traditioneller Werte betrifft, aber auch in gefühlsmäßiger Hinsicht.



Fortsetzung

Studie

Nr. $\frac{3}{4}$

So denkt Österreich über Geschlecht, Alter und Zuwanderung

Die Wertschätzung älterer Menschen zeigt sich in der Solidarität zwischen den Generationen. Die Umfrage ergab, dass sich die Älteren von den Jüngeren bei Bedarf Unterstützung erwarten können.

Die ideale Wohnform im Alter ist für vier Fünftel der befragten ÖsterreicherInnen das eigene Zuhause. 11 % können sich vorstellen, ihren Lebensabend in einem Altersheim zu verbringen. Bei einem der Kinder oder in einer Wohngemeinschaft zu leben ist die am wenigsten gewählte Lösung. Sollte eine regelmäßige Hilfe benötigt werden, wird diese in erster Linie in Zusammenarbeit von der Familie und einem Sozialdienst gewünscht (40 %). Als weitere Möglichkeiten folgen die ausschließliche Hilfe aus dem Sozialdienstbereich (32 %) oder von Angehörigen (27 %).

Zwiespältige Meinungen über AusländerInnen

Das Meinungsbild der ÖsterreicherInnen über die in Österreich sesshaften AusländerInnen ist zwiespältig. Dies zeigt sich bereits bei der Einschätzung des Anteils an AusländerInnen an der Gesamtbevölkerung. Im Jahr 2001 zählte Österreich 710.000 AusländerInnen. Etwa 19 % haben eine realistische Vorstellung von der tatsächlichen Zahl, 46 % schätzt die Anzahl geringer ein.

Im Gegensatz zu 1998 sprechen sich 2001 mehr ÖsterreicherInnen für eine Begrenzung der Zuwanderungen aus (von 59 % auf 77 %). Am ehesten wird der Zuzug von Fachkräften und SpezialistInnen befürwortet (39 %), gefolgt vom Nachzug von Angehörigen zu bereits im Inland

lebenden AusländerInnen (30 %). An dritter Stelle folgen Flüchtlinge mit 18 %. Die Zuwanderung wird von 39 % als Möglichkeit gesehen, den Bevölkerungsrückgang aufzuhalten bzw. abzuschwächen. Besonders Personen aus höheren Berufs- und Einkommenschichten sowie mit steigendem Bildungsniveau stimmen diesem Argument zu. Hingegen sind Befragte mit niedrigerer beruflicher Position, weniger Einkommen und mit niedrigerer Bildung der Ansicht, dass ÖsterreicherInnen mehr Kinder bekommen sollten.

In allen Bevölkerungsgruppen Österreichs zeigt sich eine reservierte Grundhaltung gegenüber im Lande wohnhaften AusländerInnen. Dies spiegelt sich mit 77 %-iger Zustimmung bei der Forderung wider, dass sich in Österreich lebende AusländerInnen besser an den einheimischen Lebensstil anpassen sollten. Eine politische Beteiligung von AusländerInnen wird von 37 % der Befragten befürwortet, 36 % sind jedoch dagegen. Auch im Falle einer Arbeitsknappheit sollten ausländische Arbeitskräfte nach Hause geschickt werden, meinen 34 %, dagegen stimmten 44 %. Die Eheschließung zwischen Einheimischen und AusländerInnen wird von 55 % positiv bewertet. Hingegen finden 22 %, dass die EhepartnerInnen unter den eigenen Landsleuten gesucht werden sollten. ⊕

Info:

Literatur: Richard Gisser (Hg.): Population Policy Acceptance Survey 2001 (PPA II). Familie, Geschlechterverhältnis, Alter und Migration: Wissen, Einstellungen und Wünsche der Österreicherinnen und Österreicher. Tabellenband und Zusammenfassung ausgewählter Ergebnisse. Forschungsbericht 25. Institut für Demographie der Österreichischen Akademie der Wissenschaften. Wien 2003.

Kontakt: Hofrat Dr. Richard Gisser, Stellvertretender Direktor des Instituts für Demographie (Wien), Tel: +43-1-51581-7704, E-Mail: Richard.Gisser@oeaw.ac.at



Genormte Familienfreundlichkeit?

Das Zertifikat Audit FAMILIE & BERUF im europäischen Umfeld

Die Bedeutung von Normen nimmt sowohl in ökonomischer, wettbewerbspolitischer, wirtschaftspolitischer, integrationspolitischer und als auch in gesellschaftspolitischer Hinsicht konstant zu.

Nicht nur, weil eines der erklärten Ziele der Europäischen Union die Harmonisierung von Standards und die Qualitätssicherung zur Verwirklichung des Binnenmarktes ist, sondern auch, weil in Zeiten der steigenden Globalisierung alles, was sich gleicht, verglichen werden soll. Was einem beim Begriff "Norm" in den Sinn kommt, ist meist technischer Natur, oder lässt an Steckdosen und Schrauben denken. Normen waren immer ein Spiegelbild der technischen, wirtschaftlichen und damit auch der gesellschaftlichen Entwicklung.

Dass "Familienfreundlichkeit" im Sinne einer familienbewussten Personalpolitik einer Norm unterliegen könnte, erstaunt die meisten Personen, wenn sie auf Möglichkeiten der Normung und Zertifizierung in der Arbeitswelt angesprochen werden, meint Regina Hartweg-Weiss im Rahmen einer Arbeit über den Zusammenhang von Familienfreundlichkeit und Normung.

Zertifizierung ist auf dem besten Wege, eines der wichtigsten Themen der europäischen Wirtschaft des nächsten Jahrzehnts zu werden. Immer mehr Unternehmen weisen darauf hin,

dass sie "zertifiziert" sind. Zertifiziert heißt in diesem Fall, dass dem jeweiligen Unternehmen ein Zertifikat der Normenreihe ISO 9000 (Qualitätsmanagement) ausgestellt wurde. Dies bedeutet konkret, dass das Management des jeweiligen Betriebs(standorts) nach den Kriterien dieser internationalen Norm ausgerichtet ist, und dass ein sogenannter "unabhängiger Dritter" diese im Rahmen eines Prüfungsverfahrens (Audit) bestätigt.

War in den 50er-Jahren der Begriff "Qualität" noch stark produktorientiert, begann man in den 80er-Jahren "Qualität" als organisatorische Fähigkeit eines Unternehmens zu definieren. Qualität war und ist ein zutiefst menschliches Bedürfnis. Unser tägliches Wohlbefinden hängt maßgeblich davon ab, was uns am meisten belastet oder ärgert: Missverständnisse, Fehler in Abläufen, Fehler in Produkten, mangelhafte oder fehlende Informationen, Konflikte infolge mangelnder Transparenz, falsch verstandene Anforderungen oder Terminkollisionen usw. Fehlerquellen möglichst rasch zu erkennen bzw. zu vermeiden, sichert Unternehmen langfristig Qualität.

Unabdingbare Voraussetzung dafür ist jedoch, dass jede/r einzelne Mitarbeiter/in aktiv dazu beitragen kann, ein angestrebtes Qualitätsniveau gleichbleibend zu liefern. Erst dann ist eine Organisation auch tatsächlich qualitätsfähig. Qualitätsmanagement ist somit ein Werkzeug

der Unternehmensführung, welche sich vom Produkt zum Menschen orientiert und damit aktive und vorausblickende Unternehmensführung schafft und fördert.

In den letzten Jahren hat sich auf dem Gebiet der Vereinbarkeit von Familie und Beruf im Hinblick auf ein familienorientiertes Personalmanagement Wesentliches getan. Immer mehr Unternehmen haben erkannt, dass sich Familienfreundlichkeit lohnt; auch in ökonomischer Hinsicht! Wer qualifizierte MitarbeiterInnen gewinnen, fördern und langfristig binden möchte, wird familiäre Bedürfnisse verstärkt berücksichtigen müssen.

Das Interesse von Unternehmen an familienfreundlichen Maßnahmen im Betrieb beruht auf einem ganzen Bündel von betriebswirtschaftlich relevanten Effekten. Untersuchungen und Unternehmensbefragungen zu diesem Thema zeigen ein breites Nutzenprofil.

Befragt nach Gründen, Maßnahmen einer familienfreundlichen Personalpolitik einzuführen, lauten die Antworten der Unternehmensleitungen vor allem: Verbesserung der Motivation und Arbeitszufriedenheit der Beschäftigten sowie Abbau von Stress und der damit einhergehenden niedrigeren Fluktuations- und Krankheitsquoten.

Aus diesen Gründen wurde eine Reihe von Instrumenten entwickelt, um den Nutzen und die Effekte familienfreundlicher Maßnahmen zu messen, nachzuweisen und nach außen, vor allem in der Form von Zertifikaten, zu demonstrieren.

Familienfreundlichkeit und Normung - ein Widerspruch?

Dem vielfach gebrachten Argument, familienfreundliche Maßnahmen seien teuer und nur in Großunternehmen umsetzbar, steht das praxiserprobte Audit FAMILIE & BERUF entgegen. Familienfreundliche Maßnahmen müssen nicht immer mit hohen finanziellen Investitionen verbunden sein. In allen zertifizierten Unternehmen hat das Audit zu messbaren Erfolgen geführt: Die Motivation der MitarbeiterInnen ist gestiegen, gleichzeitig verbunden mit einer höheren Einsatzbereitschaft. Dies hat ein Sinken der Fluktuation und der Krankenstände zur Folge, was wiederum insgesamt zu einer Verbesserung des Unternehmensimages geführt hat.

Das Audit FAMILIE & BERUF führt das Unternehmen in einen internen Prozess, in dem Ziele und Maßnahmen einer familienbewussten Personalpolitik definiert und umgesetzt werden. Auf dieser Basis können Defizite identifiziert, Lösungsmöglichkeiten aufgezeigt und Veränderungs- und Entwicklungsstrategien eingeleitet werden. Entscheidend ist, dass damit kein einmaliger Selbsttest sondern ein Prozess in Gang gesetzt wird, bei dem Unternehmen mit Hilfe des Audits ihr individuelles Konzept entwickeln, um Unternehmensinteressen und Mitarbeiterbelange in eine tragfähige Balance zu bringen. Nach erfolgreicher Durchführung werden die Unternehmen mit dem europaweit anerkannten Markenzeichen, dem Zertifikat Audit FAMILIE & BERUF, ausgezeichnet.

Fortsetzung

Studie

Genormte Familienfreundlichkeit?

In Europa wurden in den zurückliegenden Jahren Wettbewerbe, Prädikate und Auditierungsverfahren entwickelt und auf breiter Ebene umgesetzt, um betriebliche Maßnahmen für eine an Chancengleichheit orientierte oder familienfreundliche Personalpolitik zu bewerten, und um beste Praktiken, Innovationen, Leistungen usw. auszuzeichnen, zu zertifizieren und einer breiten Öffentlichkeit zugänglich zu machen.

Mit Hilfe der verschiedenen Wettbewerbe und Audits können sich Unternehmen messen und lernen, sich objektiv einzuschätzen. Der Vergleich mit anderen Unternehmen ermöglicht vor allem die Effektivität eigener Maßnahmen zu überprüfen. In diesem Prozess werden nicht nur Schwächen aufgedeckt, sondern auch Maßnahmen entwickelt, um diese abzustellen.

Die Europäische Union hat die soziale Verantwortung von Unternehmen (CSR - Corporate Social Responsibility) zu ihrem Anliegen gemacht. Die soziale Verantwortung der Unternehmen ist im Wesentlichen eine freiwillige Verpflichtung der Unternehmen, auf eine bessere Gesellschaft und eine saubere Umwelt hinzuwirken. Die interne Dimension des sozial verantwortlichen Handelns in den Unternehmen umfasst in erster Linie Humankapital, Arbeitsschutz und Bewältigung des Wandels (Humanressourcenmanagement). Heute gilt es für Unternehmen, vor allem qualifizierte Arbeitskräfte zu gewinnen und zu halten. Zu den von den Unternehmen zu diesem Zweck zu schaffenden Anreizen zählen

das lebenslange Lernen, Empowerment, bessere Informationspolitik im gesamten Unternehmen, bessere Vereinbarkeit von Arbeit, Familienleben und Freizeit, größere Diversifizierung bei der Arbeit, gleiches Entgelt und gleiche Berufschancen für Frauen.

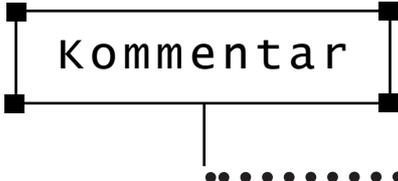
**Info:**

Literatur: Regina Hartweg-Weiss: Genormte Familienfreundlichkeit? Das Audit FAMILIE & BERUF im europäischen Umfeld. Donau-Universität Krems 2002. (Master-These)

Kontakt: Mag. Regina Hartweg-Weiss MES (Master in European Studies), E-Mail: regina.hartweg-weiss@bmsg.gv.at

Die Autorin ist derzeit für die Leitung des EU-Projektes "Vereinbarkeitsmaßnahmen von Familie und Beruf anhand des Modellprojekts einer nationalen Koordinierungsstelle" am Bundesministerium für soziale Sicherheit, Generationen und Konsumentenschutz verantwortlich.

Weiterführende Informationen:
<http://www.familie.bmsg.gv.at>
<http://www.famwork.info>


 Kommentar

Familienpolitik ist mehr als Sozialpolitik

Politik muss Leistungsfähigkeit der Familien nachhaltig sichern

Erholung, Kindererziehung, gegenseitige Hilfe, Weitergabe sozialer, kultureller und technologischer Kenntnisse an heranwachsende Generationen - Familien erbringen vielfältige Leistungen, die grundlegend für Staat und Gesellschaft sind. Staatliche Einrichtungen, Gebietskörperschaften und auch die Politik können diese Leistungen selbst nicht schaffen, greifen aber ganz selbstverständlich darauf zurück, ohne sich deren Herkunft bewusst zu sein. Bei der Erbringung von vielen dieser Leistungen sind Familien aber auf gesellschaftliche bzw. öffentliche Unterstützung angewiesen.

Familie und Kinder bilden den unmittelbaren und unantastbaren Privatbereich jedes Menschen, dennoch gibt es ein gesellschaftliches und politisches Interesse an funktionierenden Familien und dem Vorhandensein von Kindern. An dieser Stelle ist die Familienpolitik gefordert. Sie hat - im vollen Respekt für die Privatsphäre der Menschen - die Rahmenbedingungen für familiäres Leben zu gestalten. Ihre Aufgabe ist es, die von Familien erbrachten Leistungen anzuerkennen, Unterstützungen zu gewähren und den familialen Handlungsspielraum zu fördern. Die Sichtweise, dass Kinder nicht nur Privatsache sind, vertrat auch der Verfassungsgerichtshof bei seinem Erkenntnis zur Familienbesteuerung im Jahr 1997. Optimale Rahmenbedingungen sollen es Eltern und Kinder ermöglichen, ihre Beziehungen innerhalb und außerhalb der Familie in gegen-

seitiger Verantwortung zu gestalten. Das betrifft die Erfüllung der alltäglichen Aufgaben ebenso wie biographische Übergängen und spezifische Problemlagen.

Die elterlichen Leistungen bei der Versorgung und Erziehung von Kindern sind Investitionen in die Handlungsfähigkeit in der nachwachsenden Generation. In der Familie erwirbt der junge Mensch das Wissen über die Normen menschlichen Zusammenlebens. Er entwickelt Verhaltenssicherheit, Daseinskompetenz und Fachkompetenz. Damit entsteht erst die Fähigkeit, mit den verschiedenen Arten von Vermögen (Humanvermögen, öffentliches Vermögen, privates Vermögen etc.) sachgerecht umzugehen. Dabei drängt sich ein Vergleich mit der Wirtschaftspolitik auf: In diesem Politikbereich ist es weitgehend unbestritten, dass die Politik primär darauf ausgerichtet sein soll, ein optimales Umfeld für Betriebe zu schaffen und ihr Leistungspotential durch unternehmerfreundliche Rahmenbedingungen zu fördern. Das sollte auch für jene Kleinunternehmen gelten, die man Familie nennt!

In Österreich gibt es seit Jahrzehnten politische Maßnahmen zur Unterstützung von Familien. Besonders in den 90er Jahren führten mehrere Pakete mit gesetzlichen Maßnahmen für Familien zu einer dauerhaften Thematisierung von Familien in der Politik. Als eigenständigen

Fortsetzung

Kommentar

Familienpolitik ist mehr als Sozialpolitik

Bereich hat sich die Familienpolitik in Österreich nicht zuletzt durch das Internationale Jahr der Familie 1994 in Österreich nachhaltig etabliert. Familienpolitik hat sich von einem Handeln für einen speziellen Personenkreis mit besonderen Anforderungen zu einer politischen Querschnittsmaterie entwickelt. Andere Politikbereiche wie beispielweise Wirtschaftspolitik, Sozialpolitik und Frauenpolitik sind mit ihr auf das Engste verknüpft.

Familienpolitik ist daher mehr als Sozialpolitik im Sinne der öffentlichen Fürsorge. Familienpolitik ist ein Politikfeld, das auf Gesellschaft und Wirtschaft wirkt. Damit kann auch die Politik der Breite der Anforderungen sowie der Vielfältigkeit der Leistungen von Familien am besten entsprechen. ⊕

Info:

Kontakt: Mag. Rudolf Karl Schipfer, Leiter der Abteilung für Kommunikation & Information am ÖIF
Tel: +43-1-5351454-12
E-Mail: rudolf.schipfer@oif.ac.at

LoveTalks - zeigen, wie's geht**9. Ausbildungslehrgang für sexualpädagogische ModeratorInnen**

Es gibt wieder die Möglichkeit, sich im Rahmen des sexualpädagogischen Modells **LoveTalks** als Moderatorin bzw. Moderator ausbilden zu lassen. Am Österreichischen Institut für Familienforschung (ÖIF) entwickelt fungiert das ÖIF als Ausbildungsinstitution für sexualpädagogische ModeratorInnen und führt die wissenschaftliche Begleitung des Modells durch. **LoveTalks** wird mittlerweile in allen Schultypen Österreichs und einigen europäischen Ländern erfolgreich umgesetzt und durch das Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur sowie durch das Bundesministerium für soziale Sicherheit, Generationen und Konsumentenschutz gefördert.

Wenn Sie das Modell **LoveTalks** kennenlernen, Moderationstechniken erlernen und Eltern, SchülerInnen und LehrerInnen zu einem Austausch über Sexualität an einen Tisch bringen wollen, dann melden sie sich bei:

Dipl. Sozpäd. Olaf Kapella (ÖIF)
Gonzagagasse 19/8, A-1010 Wien
Tel: +43-1-5351454-10
Fax: +43-1-5351455
E-Mail: olaf.kapella@oif.ac.at
Anmeldeschluss: 20. Mai 2004

oder informieren Sie sich im Internet:

<http://www.lovetalks.org>

Buchtipps & Termin

Buchtipps: Elternkurse auf dem Prüfstand

Wie ändert sich das Verhalten der Eltern nach dem Besuch von Elternbildung? Prof. Sigrid Tschöpe-Scheffler (FH Köln, Fakultät für angewandte Sozialwissenschaften) zeigt auf, was Elternbildung bei Müttern und Vätern bewirkt und beschreibt unterschiedliche Konzepte und Forschungsergebnisse. Die Elternkurse *Starke Eltern - Starke Kinder*, *Triple P*, *Step*, *Erziehungsführerschein* werden miteinander verglichen und Entstehungsgeschichte, Ziele, Inhalte, Ablauf sowie die Grundlagen skizziert. Ein tabellarischer Überblick zeigt Unterschiede und Gemeinsamkeiten der vier Kurse auf. Die Autorin geht auch der Frage nach, inwiefern entwicklungsfördernde Erziehungsmaßnahmen angeboten werden und wie die Rechte und Bedürfnisse von Kindern und Eltern Berücksichtigung finden.

Breiten Raum widmet die Autorin auch den Grundlagen der Erziehung und stellt entwicklungsfördernde und entwicklungshemmende Erziehungsfaktoren gegenüber.

Das Buch gibt insgesamt einen kompakten Überblick über unterschiedliche Elternbildungsangebote und über die wissenschaftlichen Grundlagen der Erziehung.

Sigrid Tschöpe-Scheffler: Elternkurse auf dem Prüfstand. Wie Erziehung wieder Freude macht. Opladen: Leske+Budrich 2003. 278 Seiten. ISBN: 3-8100-3692-7

Termin: Familienkultur im Aufbruch

Veranstalter	Ort, Datum	Info
Familienreferat der Diözese Graz-Seckau (gemeinsam mit dem Bildungshaus St. Martin)	Bildungshaus St. Martin Kehlbergstraße 35 A-8054 Graz	Die Tagung thematisiert Familienkultur, also Rituale und Bräuche die von Generation zu Generation weitergegeben werden. Der Hauptvortrag von Peter Neysters trägt den Titel "Zwischen Gelingen und Scheitern - Vom Wandel der Familie und ihrer Suche nach gemeinschaftsstiftender (Familien) Kultur". Exemplarische Themen der Arbeitskreise sind: "Rituale (ver)binden Paare", "Geborgenheit finden - mit Ritualen den Alltag in der Familie gestalten", "Vertrautes schenkt Geborgenheit und Halt - Rituale mit Kleinkindern".
Anmeldung: Tel: +43-316-8041-297 Fax-DW: 370 E-Mail: waltraud.gartler@graz-seckau.at	20. März 2004 9 - 18 Uhr	